

**Vizepräsident Christof Rasche:** Die Mündliche Anfrage 38 wird also in die nächste Fragestunde geschoben.

Ich rufe die

### Mündliche Anfrage 39

der Kollegin Elisabeth Müller-Witt (SPD) von der SPD-Fraktion auf.

Auch Sie darf ich fragen: Mündlich oder schriftlich?

**Elisabeth Müller-Witt (SPD):** Schriftlich, bitte.

**Vizepräsident Christof Rasche:** Wunderbar. Die Mündliche Anfrage 39 wird somit schriftlich durch die Landesregierung beantwortet.

Ich schließe damit die Fragestunde und komme zu:

## 11 Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU,  
der Fraktion der SPD,  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/7763 – Neudruck

erste und zweite Lesung

In Verbindung mit:

### Änderung der Geschäftsordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen

Antrag  
der Fraktion der CDU,  
der Fraktion der SPD,  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/7764

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU,  
der Fraktion der SPD,  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/7839

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass wir über die Anträge zur Änderung der Geschäftsordnung noch nicht nach der ersten Lesung des Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen abstimmen werden.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat nun der Kollege Matthias Kerkhoff aus den Reihen der CDU-Fraktion. Bitte sehr.

**Matthias Kerkhoff (CDU):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Abgeordnetengesetz und in unserer Geschäftsordnung regeln wir die inneren und eigenen Angelegenheiten. Das sind die Spielregeln des Parlaments von A wie Archivordnung bis Z wie Zwischenfrage. Auf deren Grundlage wird hier im Plenum und in den Ausschüssen die politische Auseinandersetzung geführt – bisweilen hart in der Sache, aber auf dem Boden einer gemeinsam getragenen demokratischen Grundhaltung.

Vieles ist dabei Technik, aber manches eben auch hochpolitisch. In diesem Parlament darf und soll gestritten werden. In diesem Parlament darf es auch manchmal laut und emotional zugehen. Aber es gibt Regeln. Diese Regeln überschreitet insbesondere die AfD-Fraktion viel zu oft.

(Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Wir schärfen mit der Einführung des Ordnungsgelds den Sanktionskatalog, weil wir es leid sind, die ständigen Provokationen und Grenzüberschreitungen der AfD weiter hinzunehmen. Das ist ein klares Zeichen für einen Parlamentarismus, der es nicht zulässt, als Bühne von Populisten missbraucht zu werden.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Mit dem vorliegenden Änderungsantrag zur Geschäftsordnung – das bezieht sich auf die Anwendung des § 50 Abs. 3 – reagieren wir zügig auf die Ereignisse der letzten Wochen und schaffen ein Abwahlverfahren für Sachverständige in Enquetekommissionen, analog zu dem Verfahren, das wir bisher schon für die Vorsitzenden unserer Ausschüsse haben.

Das ist auch einehaltungsfrage. Wer an solchen Treffen teilnimmt und Rechtsextreme mal kennenlernen möchte, ist schlicht und einfach persönlich ungeeignet, als Sachverständiger in einer Enquetekommission dieses Landtags mitzuwirken.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Meines Erachtens müssen wir das auch mit Blick auf die anderen, die in einer solchen Enquetekommission tätig sind, tun. Wir dürfen es den Sachverständigen, unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und auch den Abgeordnetenkollegen nicht zumuten, mit solchen Personen zusammenarbeiten zu müssen. Demokraten müssen hier klar sein.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will wenige Punkte aus dem Abgeordnetengesetz kursorisch nennen, die zum Teil auch in öffentlicher Berichterstattung im Vorfeld schon eine Rolle gespielt haben.

Erstens: Kindernotbetreuung. Wir schaffen eine Rechtsgrundlage, um den Abgeordneten zu ermöglichen, ihre Kinder an Plenartagen professionell betreuen zu lassen, wenn eine anderweitige Betreuung nicht zur Verfügung steht.

Mir ist wichtig, in diesem Zusammenhang auch einige Hintergründe zu erläutern, weil ich weiß, dass die Gesellschaft auf diese Fragen natürlich sehr sensibel schaut und das Thema „Verlässlichkeit von Kinderbetreuung“ insgesamt ja vor einer großen Herausforderung steht.

Für Abgeordnete gibt es keinen Mutterschutz, keine Elternzeit und keine Kinderkrankentage. Ich will das gar nicht beklagen. Vor diesem Hintergrund halte ich ein solches Angebot in Ausnahmefällen – in Ausnahmefällen; das betone ich ausdrücklich – für vertretbar. Es geht um die Funktionsfähigkeit des Parlaments und die Wahrnehmung des Mandats.

Zweitens: Mitarbeiterpauschale. Nach dem im Abgeordnetengesetz geregelten Mechanismus partizipieren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abgeordneten an Tarifsteigerungen nach dem TV-L. Beim letzten Tarifabschluss sind von den Tarifpartnern Einmalzahlungen vereinbart worden. Solche Zahlungen sollten auch dieser Personengruppe zugutekommen können. Ich halte es für einen Beitrag zur Fairness, dass wir die Voraussetzungen dafür schaffen.

Drittens: Deutschlandticket. Das Deutschlandticket schafft die Möglichkeit, die bestehende Freifahrtberechtigung in Zügen im Mandatsgebiet und auf der Strecke nach Berlin um die Verkehrsträger Bus, Straßenbahn und U-Bahn zu ergänzen. Das war bislang in der Tarifwelt unserer Verkehrsverbände nicht zu einem vertretbaren Preis für den Landtag erreichbar, sodass wir bisher immer davon Abstand genommen haben.

Das Deutschlandticket ermöglicht nun, diese Lücke zu schließen, was in der Logik einer Freifahrtberechtigung immer schon schlüssig war. Mit der einfachen Handhabung wird der ÖPNV, wenn er sich nicht gerade wie heute im Streik befindet, auch ein Stück weit attraktiver und verleitet möglicherweise den einen oder anderen Kollegen zum Umsteigen auf Bus und Bahn.

(Beifall von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es freut mich, dass wir wie auch in der Vergangenheit mit breiter Mehrheit von CDU, SPD, Grünen und FDP dies heute in erster und zweiter Lesung und morgen gewiss in dritter Lesung gemeinsam hier beschließen werden. Es ist ein gutes Zeichen der Zusammenarbeit der politischen Mitte in herausfordernden Zeiten. Ich danke allen, die dies tun, fürs Mitmachen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Vielen Dank. – Für die Fraktion der SPD hat nun die Kollegin Ina Blumenthal das Wort. Bitte sehr.

**Ina Blumenthal (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine erfolgreiche Demokratie braucht ein starkes Parlament. Wir kontrollieren die Regierung; wir üben das Budgetrecht aus; wir erarbeiten und verabschieden Gesetze. Wir alle repräsentieren die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes in ihrer ganzen Vielfalt und mit all ihren unterschiedlichen Interessen.

Deshalb streiten wir auch stellvertretend für die Menschen in Nordrhein-Westfalen um die besten Lösungen für unser Land. Die Mehrheitsfraktionen tragen dabei Verantwortung für die Regierungspolitik, und wir von der Opposition entwickeln Alternativen zu dieser Politik. So muss es auch sein. Je stärker der Landtag ist, desto besser ist es für die Demokratie. Mich macht es sehr stolz, Teil dieses Landtags sein zu dürfen.

Aber wer trägt nun die Verantwortung für ein starkes Parlament? Die Antwort ist einfach: Das sind wir, wir alle, die gewählten Abgeordneten dieses Landtags.

Aber wir allein können ein funktionierendes Parlament nicht gewährleisten. Dafür brauchen wir Unterstützung, zum Beispiel die Unterstützung der rund 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung.

Ich möchte diese Debatte ausdrücklich auch dazu nutzen, um mich bei ihnen zu bedanken – für ihre tägliche Arbeit, für ihre Überstunden, für ihren Rat und für ihre Hilfsbereitschaft.

(Beifall von der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Sie machen sich um Nordrhein-Westfalen verdient, jeden Tag aufs Neue. Herzlichen Dank für alles!

Genauso wichtig ist die Arbeit aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen und der Abgeordneten. Ohne ihre Unterstützung könnten wir unseren Verfassungsauftrag nicht gut genug erfüllen. Sie organisieren, recherchieren und beraten; sie sind Sparringpartner\*innen, Alltagshelfer und Expert\*innen.

Dieser Landtag wäre ohne die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Fraktionen und MdL-Büros schlicht nicht arbeitsfähig. Auch ihnen danke ich von Herzen für ihre Arbeit, ihren Fleiß und vor allem für ihren Idealismus.

(Beifall von der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Sie können stolz auf sich sein; wir sind es.

Kurzum: Ein starkes Parlament braucht gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Gute Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter muss man ja auch gut bezahlen. Das ist nicht nur eine Frage des Respekts, sondern auch eine Frage der Klugheit – der Klugheit einer Arbeitgeberin, die auf ihre Mitarbeiter angewiesen ist.

Deshalb hat die SPD-Fraktion schon sehr früh dafür geworben, den Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abgeordneten zu übertragen.

Ich bin froh, dass zwischen den demokratischen Fraktionen darüber nun Einigkeit besteht.

Mit der Änderung des Abgeordnetengesetzes ermöglichen wir die Auszahlung und Refinanzierung von Einmalzahlungen, konkret den steuer- und abgabefreien Inflationsausgleich von 3.000 Euro für die Beschäftigten der Mitglieder des Landtags.

Mit der Reform kann in Zukunft auch das 49-Euro-Ticket als Jobticket genutzt werden – so, wie es von vielen Beschäftigten in der Privatwirtschaft schon längst getan wird.

Wir sorgen also dafür, dass wir dadurch in Zukunft flexibel auf Tarifsteigerungen, aber auch auf Personalengpässe reagieren können.

Ferner machen wir den Landtag familienfreundlicher und geben den Abgeordneten die Flexibilität, die moderne Arbeitgeber\*innen heute haben müssen, etwa durch Tarifsteigerungen während oder bei Personalengpässen.

Alles in allem: Durch die Änderung des Gesetzes bleibt der Landtag ein attraktiver Arbeitsplatz. Die Reform ist notwendig, und sie ist gelungen. Ich danke allen, die daran mitgewirkt haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Vielen Dank. – Für die Fraktion der Grünen hat nun der Kollege Mostofizadeh das Wort. Bitte sehr.

**Mehrdad Mostofizadeh\*** (GRÜNE): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte mich zunächst einmal bei den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen, insbesondere bei den parlamentarischen Geschäftsführungen, dafür bedanken, dass wir diese Änderung gemeinsam so auf den Weg bringen.

Ganz besonders möchte ich mich ebenfalls – da möchte ich mich Ina Blumenthal ausdrücklich anschließen – bei der Verwaltung bedanken, die uns immer auch unterschiedliche Varianten zugeführt und Hintergründe erläutert hat. Ganz herzlicher Dank geht an Herrn Dr. Kober und alle anderen, die daran mitgearbeitet haben. Bitte geben Sie diesen Dank an

die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bzw. Kolleginnen und Kollegen weiter.

Ich möchte nicht alle Punkte wiederholen – der Kollege Kerkhoff hat ja alle Einzelpunkte aus dem Programm aufgeführt –, aber schon auf einige Punkte hinweisen, die mir besonders wichtig sind.

Wir hatten heute Morgen eine, wie ich finde, sehr beeindruckende Debatte zur demokratischen Kultur und zu den Demonstrationen. Im Hintergrund steht dabei die Frage: Wie organisieren wir unser Parlament? Wie stützen wir unsere Demokratie? Wie sorgen wir dafür, dass diese Demokratie lebendig bleibt, ohne dass jemand ihre Instrumente ausnutzen und verächtlich machen kann?

Diese Frage stellen wir uns immer wieder. Ich bin sehr froh, dass diejenigen, die meinen, Ordnungsrufe als Trophäen sammeln oder sich mit besonders abscheulichen Zwischenrufen, Bemerkungen oder auch Verleumdungen anderer Kolleginnen und Kollegen hier im Parlament dicketun zu müssen, dann auch die Quittung bekommen, und zwar nicht nur durch den Ordnungsruf, sondern möglicherweise auch ganz monetär mit 1.000 Euro Ordnungsgeld. Vielen Dank, dass wir das jetzt in die Geschäftsordnung schreiben!

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Ja, es fehlte rein fachlich und sachlich auch die Gelegenheit, Sachverständige aus einer Enquetekommission abberufen zu können. Wir haben in der Geschäftsordnung bereits jetzt die Möglichkeit, dass Ausschussvorsitzende entweder mit einer Zweidrittelmehrheit oder durch die sie benennende Fraktion abberufen werden können. Insofern ist es nur logisch, dies auch für Sachverständige zu machen.

Im Moment steht aber auch der konkrete Vorgang im Raum, dass eine Fraktion einen Sachverständigen benannt hat, der an einem völkischen Treffen teilgenommen hat und es auch noch besonders lustig findet, Rechtsradikale kennenlernen zu wollen. Die Fraktion hätte jederzeit die Möglichkeit, diesen Mann abzubrufen, zieht ihn aber nicht ab. Deswegen dokumentiert sie schon jetzt, dass sie rechtsradikale Positionen gar nicht mehr verdecken will. Das ist doch der Hintergrund.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Ein dritter Punkt ist mir an dieser Stelle auch sehr wichtig, nämlich das Thema „Familienfreundlichkeit im Landtag“. Das, was jetzt kommt, ist aus meiner Sicht sowie zumindest aus Sicht der Kolleginnen und Kollegen meiner Fraktion, aber wohl auch vieler anderer, ein erster Schritt. Die Betreuungsmöglichkeit in Notsituationen ist ja das eine. In der weiteren Zukunft werden wir aber auch darüber reden müssen, wie man dieses Mandat weiter mit Familienpflichten und -aufgaben verschränken kann.

Ich sage an dieser Stelle ganz deutlich – ich weiß nicht, wie das öffentlich diskutiert werden wird –: Ich schäme mich keineswegs dafür, dass wir diese Möglichkeit jetzt einräumen. Ich bin sehr dafür, dass wir sie sogar ausbauen und verbessern. Denn wenn man Kinder, Familie oder zu pflegende Angehörige hat, darf das doch kein Hindernis dafür sein, hier ein Mandat aufzunehmen. Deswegen ist das kein besonderes Privileg, sondern die zwingende Voraussetzung, um dieses Mandat auch familienfreundlich und menschengerecht wahrnehmen zu können.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Alles in allem halte ich die Veränderungen – Stichworte „Deutschlandticket“, „Notbetreuung“ und „Ordnungsgeld“ – für sachgerecht. Ich freue mich, dass wir dieses Paket, das wir aufgrund einer besonderen Fügung erst morgen verabschieden können, heute besprechen. Dafür bedanke ich mich.

Ich möchte ausdrücklich alle Kolleginnen und Kollegen aufrufen: Wenn es weiteren Bedarf gibt, dieses Parlament lebendig zu halten oder besser und spannender zu machen, sind meine Fraktion und ich immer mit dabei. Wir sind aber auch, wenn es darum geht, dieses Parlament davor zu schützen, dass andere es missbrauchen wollen, immer zur Stelle und setzen auf Ihre Zusammenarbeit. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU und der SPD)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Vielen Dank. – Für die Fraktion der FDP hat nun der Kollege Marcel Hafke das Wort. Bitte sehr.

**Marcel Hafke (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Tagesordnungspunkt klingt erst einmal wenig einladend – sehr bürokratisch und sperrig –, ist aber die Grundlage dafür, dass die Herzkammer der Demokratie in Nordrhein-Westfalen, über die wir heute diskutieren, überhaupt funktioniert. Das ist nämlich der Rahmen dafür, dass wir als Parlamentarier überhaupt arbeiten können und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie eine Verwaltung haben, die funktioniert. Deswegen ist es so wichtig, dass wir hier immer passgenau und à jour unterwegs sind.

Ich bin froh darüber und dankbar dafür, dass wir heute über zwei Themenkomplexe diskutieren.

Das eine ist, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die für uns tätig sind und dafür sorgen, dass die Demokratie jeden Tag funktioniert, die bestmöglichen Arbeitsbedingungen haben und sich auch mit anderen Teilen der Gesellschaft auf Augenhöhe befinden – Stichwort „Anpassung an Tarifentwicklungen“. Deswegen ist es wichtig, dass wir heute entsprechende Veränderungen vornehmen.

Ebenso ist es wichtig, als moderner Arbeitgeber Schulungsmöglichkeiten anzubieten oder auch die Mobilität zu gewährleisten, wie mit dem Deutschlandticket.

Als Familienpolitiker freut mich insbesondere, dass wir das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ großschreiben, nämlich für Familien und Eltern eine Notbetreuung von Kindern ermöglichen, damit die Kinder hier tatsächlich auch gut versorgt sind.

Ein zweiter Themenkomplex, der uns öffentlich viel stärker beschäftigt, ist aber, dass der Ton in unserer Gesellschaft und leider auch in unserem Parlament rauer geworden ist. Auch wir müssen uns hier viel stärker mit Provokationen und Angriffen auseinandersetzen.

Um das klarzustellen: Ich bin schon der Auffassung, dass die Demokratie von einer gesunden Streitkultur lebt und es wichtig ist, sich über Themen und Ideen auseinanderzusetzen und auch in den Konflikt zu treten. Aber der Anstand muss immer gewahrt bleiben.

Ich will Ihnen einmal vorlesen, wie sich die Ordnungsrufe in den letzten Jahren entwickelt haben. Wir hatten in der vorletzten Legislaturperiode – ohne die AfD – 23 Ordnungsmaßnahmen, in der letzten Legislaturperiode 113 Ordnungsmaßnahmen

(Zuruf von Andreas Keith [AfD])

und alleine im letzten Jahr 42 Ordnungsmaßnahmen. Davon gehen 28 auf das Konto der AfD.

Die Freien Demokraten verzeichnen null Ordnungsmaßnahmen. Ich glaube, wir können uns mit Fug und Recht dafür einsetzen, die Diskussionskultur in diesem Haus hochzuhalten.

Hass und Hetze müssen in diesem Haus auch sanktioniert werden. Deswegen ist die Einführung eines Ordnungsgeldes richtig und wichtig.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Einen letzten Punkt möchte ich noch ansprechen, da er tagesaktuell hinzugekommen ist: Den angeblichen Experten Vosgerau in die Enquetekommission zu schicken, ist eine erneute Provokation der AfD. Hier und heute hätten Sie die Möglichkeit, sich von so jemandem zu distanzieren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD.

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Diesen Job haben Sie in der nächsten Wortmeldung. Ansonsten wäre es nicht nur eine Provokation, sondern Sie machen sich dann mit Rechtsextremen gemein, und das geht nicht, denn wir als Parlamentarier haben die Aufgabe, die Demokratie in Nordrhein-Westfalen zu schützen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und die hoffentlich gute und breite Unterstützung.

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Vielen Dank. – Für die Fraktion der AfD hat nun Herr Keith das Wort. Bitte sehr.

**Andreas Keith (AfD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal vorneweg: Ich verwehre mich hier ausdrücklich dagegen, an diesen skandalösen Änderungen zur Geschäftsordnung mitgearbeitet zu haben. Herr Mostofizadeh, die AfD war zu keinem Zeitpunkt eingebunden.

(Zuruf von Thorsten Klute [SPD])

Und wenn sie es gewesen wäre, hätten wir diesem skandalösen Teil dieser Änderung der Geschäftsordnung garantiert nicht zugestimmt.

(Beifall von der AfD – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Heute erleben wir, wie die sogenannten Hüter der Demokratie ein Trojanisches Pferd in unsere parlamentarische Landschaft einführen. Unter dem Vorwand der notwendigen Anpassung der Geschäftsordnung verbirgt sich tatsächlich ein Angriff auf die Grundfesten unserer demokratischen Debatte.

(Zuruf von Andreas Bialas [SPD])

Es ist unsere Pflicht, diesen trojanischen Akt der Heimtücke zu entlarven und darzulegen, wie er unsere parlamentarische Demokratie von innen heraus aushöhlt.

(Lachen von Thorsten Klute [SPD])

Worum geht es? Eine Fraktion hat das Recht, nach jedem Redebeitrag eine Kurzintervention einzubringen. Das gibt ihr 90 Sekunden Zeit, um auf den Redner einzugehen und ihn gegebenenfalls zu widerlegen. Da das bei Ihnen meistens nicht allzu schwierig ist, macht die AfD-Fraktion davon auch mit Abstand am häufigsten Gebrauch.

(Hendrik Schmitz [CDU]: Sie sind doch gar nicht dabei gewesen! – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Je Redebeitrag sind insgesamt zwei Kurzinterventionen zulässig. Bei bis zu sechs Rednern macht das nach Adam Riese bis zu zwölf Kurzinterventionen pro Tagesordnungspunkt in einer Block-I-Debatte. Diese Anzahl wollen Sie nun beschränken, und zwar nicht auf zehn oder sechs oder acht oder wie viele auch immer, sondern auf ganze zwei Kurzinterventionen. Sie schaffen dieses wichtige parlamentarische Werkzeug fast gänzlich ab, und zwar für jeden Tagesordnungspunkt. Das heißt: Fünf Fraktionen

teilen sich zwei Kurzinterventionen, verteilt auf sechs Redner.

Was hier scheinbar beiläufig, fast unbemerkt und leise abgehandelt werden soll, ist nichts Geringeres als die Einschränkung der politischen Debatte und das Ringen um die besten Argumente, so wie es der Phönix unten in der Wandelhalle mahnt:

„Um's Wort und Widerwort und wieder Wort – das Schweigen und das Auferstehn“

Mit diesem Gesetzentwurf lassen Sie Ihre Maske fallen und zeigen Ihr wahres Gesicht. Frau Müller-Witt hat das heute Vormittag als „die hässliche Fratze hinter der Maske“ bezeichnet.

(Rodion Bakum [SPD]: Die sehen wir bei Ihnen schon länger! – Zuruf von Gönül Eğlence [GRÜNE])

Nichts ist mehr zu sehen und zu hören von der von Ihnen immer so hoch gelobten und beschworenen wehrhaften Demokratie und dem inhaltlichen Stellen des politischen Gegners. Oder wie Wolfgang Schäuble einst sagte:

„Demokratie beruht auf der Bereitschaft, zu akzeptieren, dass andere Meinungen ihren Platz haben, auch wenn sie der eigenen widersprechen.“

Sie jedoch sind nicht mehr bereit, andere Meinungen zu akzeptieren. Für Sie existiert nur eine Meinung, nämlich Ihre, und wer eine andere vertritt, wird gnadenlos bekämpft. Wer nicht an den menschengemachten Klimawandel glaubt, ist rechtsextrem. Wer darauf beharrt, dass es nur zwei biologische Geschlechter gibt, ist rechtsextrem. Wer mit Gas heizen und mit fossilen Brennstoffen Auto fahren möchte, ist rechtsextrem. Wer die dümmste Energiepolitik der Welt kritisiert, ist rechtsextrem. Wer die begrenzte Aufnahmekapazität Deutschlands anspricht oder die Abschiebung von Personen ohne Aufenthaltsrecht fordert, ist rechtsextrem. Wer sich gegen Corona nicht impfen ließ, war rechtsextrem.

All diesen Menschen, die Sie täglich ausgrenzen und zu Unrecht diffamieren, verleiht die AfD in den Parlamenten eine Stimme. Genau deshalb ändern Sie die Geschäftsordnung des Landtags. Sie haben keine Argumente, sie scheuen die Debatte, und Sie haben Angst vor den Bürgern und den Wahlergebnissen, die Ihnen 2024 drohen.

(Beifall von der AfD)

Auf der Webseite des Bundestages heißt es – ich zitiere –:

„Damit die Debatten im Bundestag lebendiger werden, wurden 1990 die Kurzinterventionen im Anschluss an Redebeiträge im Plenum eingeführt.“

„Damit die Debatten lebendiger werden“ – mit den hier vorliegenden Änderungen der

Geschäftsordnung wollen Sie das genaue Gegenteil erreichen und die parlamentarischen Debatten langsam sedieren; quasi zurück zum Zustand vor der AfD, als Sie sich hier ungestört gegenseitig Ihr Komplettversagen mit Scheindebatten und Wohlfühlreden schöneredet haben und niemand Ihre kruden Thesen hinterfragt hat.

(Gregor Golland [CDU]: Was für ein Blödsinn!)

Oder wie es der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende Norbert Römer völlig perplex sagte, nachdem die AfD erstmals in den Landtag eingezogen war und eine Kurzintervention anzumelden wagte:

„Das ist zwar unüblich, aber in Ordnung.“

Sechs Jahre und viele Kurzinterventionen ...

**Vizepräsident Christof Rasche:** Die Redezeit.

**Andreas Keith** (AfD): ... der AfD später legen Sie dieses Mittel nun praktisch auf Eis. Der britische Premierminister Winston Churchill sagte einmal ...

**Vizepräsident Christof Rasche:** Entschuldigung, die Redezeit“

**Andreas Keith** (AfD): ... – ich komme zum Schluss –: Erfolg ist nicht endgültig. Misserfolg ist nicht fatal. Was zählt, ist der Mut, weiterzumachen.

In diesem Sinne versichere ich Ihnen, dass die AfD den Mut und die Kraft hat, gegen alle Widerstände hier im Haus weiterzumachen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD – Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

**Vizepräsident Christof Rasche:** Vielen Dank. – Wir sind am Schluss der Aussprache.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 18/7763 – Neudruck. Wer stimmt diesem Gesetzentwurf zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, Grünen, CDU und FDP. Wer stimmt gegen diesen Gesetzentwurf? – Das ist die Fraktion der AfD. Gibt es Enthaltungen? – Es gibt keine Enthaltungen. Damit ist dieser **Gesetzentwurf Drucksache 18/7763 angenommen**.

Im Ältestenrat wurde einvernehmlich vereinbart, die zweite Lesung unmittelbar im Anschluss durchzuführen. Ich sehe: Hierzu gibt es keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Ich rufe die zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP „Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen“ Drucksache 18/7763 – Neudruck – und in Verbindung damit den Antrag der

Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP „Änderung der Geschäftsordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen“ Drucksache 18/7764 auf. Ich darf auf den Änderungsantrag Drucksache 18/7839 der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP hinweisen.

Ich öffne die Aussprache. Es liegt eine Wortmeldung vor, und zwar von Herrn Tritschler aus der Fraktion der AfD. – Bitte sehr.

**Sven Werner Tritschler\*** (AfD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann mich sehr gut erinnern: Einer der ersten Anträge, den ich hier für meine Fraktion einbringen durfte, war ein Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung. Spannend waren vor allem die Entgegnungen, mit denen die Kollegen ihre – nicht überraschende – Ablehnung begründeten. Sie hatten alle etwa denselben Tenor, aber ich zitiere mal den Kollegen Kerkhoff, der auch damals schon der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU war.

„Diese Geschäftsordnung, die wir uns gemeinsam gegeben haben, hat das Ziel, die Zusammenarbeit hier im Plenum zu organisieren und auch die Interessen der Minderheit mit den Interessen der Mehrheit zu einem Ausgleich zu bringen. Alle Fraktionen hier im Haus werden erleben oder haben erlebt, ein Teil von Minderheit oder Mehrheit zu sein.“

Jetzt Achtung:

„Insofern ist die gemeinsame Arbeit an unserer Geschäftsordnung immer etwas, was man nicht aus der jeweiligen Rolle, die man gerade einnimmt, diskutieren sollte, sondern sie sollte darauf zielen, den Ausgleich, den eine solche Geschäftsordnung beinhaltet, zum Tragen zu bringen.

– Zitat Ende.

Das ist doch eine sehr erhellende Aussage vor dem Hintergrund dessen, was hier gerade passiert. Sie haben sich wieder einmal nicht an Ihre eigenen vermeintlichen Maßstäbe gehalten. Sie haben eben keinen Ausgleich gesucht. Sie haben die Minderheit, also uns, einfach überfahren.

Aber das ist nicht überraschend. Es fügt sich ins Bild. 2017, als wir hier eingezogen sind – auch daran erinnere ich mich gut –, haben Sie noch groß getönt, wie Sie uns inhaltlich stellen und politisch bekämpfen wollen. Was ist daraus eigentlich geworden? Meine Damen und Herren, da waren die sogenannten Demokraten ein ziemlicher Totalausfall.

Stattdessen wenden Sie nun seit Jahren jeden nur erdenklichen schmutzigen Trick an, um uns, einer demokratisch legitimierten Oppositionspartei, alle möglichen Steine in den Weg zu legen. Heute schlagen wir wieder mal ein neues Kapitel in diesem Buch auf.

Wie so oft haben Sie sich zusammengesetzt, im Hinterzimmer fleißig gemauschelt und überlegt: Wie können wir der AfD wieder mal ein Bein stellen und nebenbei noch einen Griff in die Tasche des Steuerzahlers wagen? Herausgekommen ist dann dieses Zeugnis der Schamlosigkeit.

Sie schaffen das Instrument der Kurzintervention weitestgehend ab. Zweitens greifen Sie wieder einmal kräftig zu, wenn es um die eigene Ausstattung mit Geldmitteln geht. Der SPD-Fraktionsvorsitzende – Spitzname: „Florida-Ott“ – hat zwar seine Traumzulage nicht bekommen, aber es gibt trotzdem einen reichlichen Geldsegen.

Aber das wird sogar in der Berichterstattung untergehen, weil die sich absehbar auf den dritten Punkt konzentrieren wird: die Einführung von Bußgeldern. Das Präsidium, das Sie ja praktischerweise nur mit eigenen Leuten besetzt haben, darf in Zukunft bei vermeintlich unparlamentarischem Verhalten auch Bußgelder verhängen.

Für was für einen Unsinn man hier schon als unparlamentarisch eingestuft wird, habe ich am eigenen Leib reichlich verspüren dürfen. Ich wurde schon zu rechtgewiesen, weil ich den Bundespräsidenten oder die Kölner Oberbürgermeisterin kritisiert habe oder weil ich einem offenkundig nicht ganz nüchternen Mitglied der Landesregierung vorgehalten habe, dass es offenkundig nicht ganz nüchtern ist.

Keine Rüge bekommt dagegen der gerade selbsternannte Hüter der Debattenkultur, Herr Hafke von der FDP, der uns heute Morgen als „Schmeißfliegen“ bezeichnet hat. Wir dagegen werden schon gerügt, wenn wir auch nur ein Blatt Papier in die Luft halten.

Sie haben es sich da immer sehr leicht gemacht, denn Sie haben nur – oder fast nur – nichtförmliche Rügen erteilt. Deswegen stimmen auch diese ganzen Zahlen nicht. Das hatte für Sie den Vorteil, dass sich der betroffene Abgeordnete dagegen gar nicht wehren konnte. Trotzdem stand dann immer einmal im Jahr in der Zeitung, wie viele dieser Pseudorügen die ach so schlimme AfD bekommen hat.

Von daher sehe ich Ihrem Maulkorberlass und den Geldbußen durchaus gelassen entgegen. Gegen jede einzelne dieser Maßnahmen können wir klagen. Ich kann Ihnen versichern: Wir werden das auch tun.

Und ich sage Ihnen noch etwas: Für jeden Euro, den Sie mir von meiner Abgeordnetenentschädigung abziehen, werde ich einen Euro an die Alternative für Deutschland spenden. Dann haben Sie wenigstens einmal in Ihrem Leben etwas für Deutschland getan. Meine Damen und Herren, Sie kriegen uns nicht klein, das verspreche ich Ihnen.

**Vizepräsident Christof Rasche:** Es liegt eine weitere Wortmeldung vor, und zwar vom Kollegen

Matthias Kerkhoff aus den Reihen der Fraktion der CDU.

**Matthias Kerkhoff** (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Gründe, warum wir Sie in der Erarbeitung und Diskussion um eine neue Geschäftsordnung für diesen Landtag nicht mit einbezogen haben, haben Sie gerade mit Ihrem Redebeitrag selber geliefert.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Es ist doch offenkundig, dass Sie die gemeinsamen, auch heute schon geltenden Regeln sowie das Präsidium des Landtags und dessen Maßnahmen nicht anerkennen. Damit disqualifizieren sich doch eine Fraktion und die Abgeordneten, an der Gestaltung dieser Geschäftsordnung und der Regeln mitzuwirken. Das gehört doch zusammen, das ist doch immanent.

Die neuen Regelungen zur Anzahl der Kurzinterventionen haben Sie entweder nicht gründlich gelesen oder nicht verstehen wollen. Es wird hier weiterhin die Möglichkeit geben, lebendige Debatten mittels Kurzinterventionen zu führen. Was wir aber berechtigterweise nicht mehr wollten, ist eine Verdoppelung von Redezeiten durch Kurzinterventionen zu jedem Redner. Das ist doch der Hintergrund.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Dass man sich in diesem Landtag vor Ihrem Einzug gegenseitig mit Wattebäuschchen beworfen hätte, wir – Regierung und Opposition – uns gegenseitig bestärkt hätten, alle gemeinsam nur das Beste für das Land zu wollen, und hier „Friede, Freude, Eierkuchen“ geherrscht hätte, das hat doch nie stattgefunden.

Kollege Golland hat sich dagegen verwahrt, dass er hier in der Vergangenheit solche Reden gehalten hätte; dem hat er deutlich widersprochen.

(Heiterkeit – Zuruf von Andreas Keith [AfD] – Sven Wolf [SPD]: Das ist ja auch nicht schlimm! Wort und Widerwort!)

Und ich glaube ihm, weil hier im Haus zwischen Regierungsfractionen und Oppositionsfractionen in dieser Wahlperiode, in der letzten und in allen, die davor stattgefunden haben, lebhaft, herzlich, Streitbar und auch manchmal laut gestritten wurde.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Genau so soll es sein, genau so wird es bleiben. Aber für uns ist klar – egal, in welcher Rolle wir uns befinden, egal, ob in Regierungsverantwortung oder in der Opposition –, dass wir diesen Streit nach den Regeln organisieren, die wir uns geben, und dass wir uns

daran halten, was wir vorher gemeinsam aufschreiben. Das macht den Unterschied aus.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Vielen Dank. – Die Fraktion der AfD hat unter diesem Punkt noch 21 Sekunden, und die möchte Herr Keith nutzen. Ich weise darauf hin, dass Herr Keith vorhin etwas überzogen hat; er wird es diesmal bestimmt vermeiden.

(Dr. Julia Höller [GRÜNE]: Vielleicht kann man auch das Mikrofon abdrehen!)

**Andreas Keith (AfD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich würde mir wünschen, dass Herr Kerkhoff, Herr Hafke und alle PGs auch mal so mutig wären, nicht hier am Rednerpult über das CDU-Mitglied, Herrn Vosgerau, so herzuziehen und ihn zu diffamieren, sondern in der Öffentlichkeit.

Geben Sie ein Interview. Wiederholen Sie, was Sie hier gesagt haben. Ich bin der festen Überzeugung, dass Herr Vosgerau gegen Sie rechtlich vorgehen wird, gegen diese Diffamierung, die Sie hier tätigen.

(Zurufe)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Die Redezeit.

**Andreas Keith (AfD):** Dann bin ich mal gespannt, was herauskommt. Es gibt nämlich keinerlei ...

(Das Mikrofon wird ausgeschaltet. – Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP – Der Redner verlässt das Redepult. – Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Ich hatte den Eindruck, mein Hinweis im Vorfeld war eindeutig.

(Zurufe – Unruhe)

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit sind wir am Schluss der Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung.

(Fortgesetzt Zurufe und Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Debatte ist beendet, und wir kommen jetzt zur Abstimmung. Das Präsidium würde sich freuen, wenn Sie daran teilnähmen; deswegen versuche ich es noch einmal.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf nach der zweiten Lesung. Wer stimmt diesem Gesetzentwurf zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, Grünen, CDU und FDP. Wer lehnt diesen Gesetzentwurf ab? – Das ist die Fraktion der AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Somit ist

dieser **Gesetzentwurf Drucksache 18/7763 in der zweiten Lesung angenommen.**

Mit Schreiben vom 24. Januar 2024 hat die Fraktion der AfD zu diesem Gesetzentwurf gemäß § 78 Abs. 1 Satz 2 unserer Geschäftsordnung die Durchführung einer dritten Lesung beantragt und bereits vorsorglich der Durchführung der dritten Lesung in unmittelbarem Anschluss an die soeben erfolgte zweite Lesung widersprochen. Ferner hat die Fraktion der AfD die Überweisung an den Hauptausschuss beantragt. Nach unserer Geschäftsordnung findet somit eine dritte Lesung dieses Gesetzentwurfs statt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf Überweisung des Gesetzentwurfes Drucksache 18/7763 – Neudruck – an den Hauptausschuss. Hierüber entscheidet der Landtag mit Mehrheit. Wer stimmt diesem Antrag auf Überweisung zu? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer lehnt diesen Antrag auf Überweisung ab? – Die Fraktionen von FDP, CDU, Grünen und SPD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag auf Überweisung Drucksache 18/7763 – Neudruck – abgelehnt.**

Die dritte Lesung wird dann morgen als letzter Tagesordnungspunkt stattfinden.

Wir kommen des Weiteren zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP Drucksache 18/7839. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Die Fraktionen von SPD, Grünen, CDU und FDP. Wer lehnt diesen Änderungsantrag ab? Die Fraktion der AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Somit ist dieser **Änderungsantrag Drucksache 18/7839 angenommen.**

Wir kommen außerdem zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP Drucksache 18/7764. Die antragstellenden Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP haben direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/7764 in der soeben geänderten Fassung. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP. Wer lehnt diesen Antrag ab? – Die Fraktion der AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/7764 angenommen.**

Wir kommen zu:

**12 Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus – Erinnern heißt Verantwortung zu übernehmen**

Antrag  
der Fraktion der CDU,  
der Fraktion der SPD,  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
der Fraktion der FDP